



Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss

Niederschrift über die 26. Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses am 19. Januar 2022

Sitzungsraum: Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt, Badenstraße 18,
18439 Stralsund,
Sitzungsdauer: 17:00 - 19:47 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Maik Hofmann

Ausschussmitglieder

Frau Wenke Brüdgam

Frau Katja Danter

Herr Frank Fanter

Herr Mario Galepp

Frau Kristine Kasten

Frau Silvia Palmstedt

Herr Michael Philippen

Herr Helmut Poppe

Herr Thomas Reichenbach

Herr Norbert Schöler

Herr Axel Thiede

Herr Norbert Thomas

Stellvertreter/-in

Frau Julia Präkel

Vertretung für Frau Corinth

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth, Landrat

Frau Kathrin Meyer

Frau Heike Karnatz

Frau Gerlind Ockert

Herr Ralph Langkammer

Herr Georg Rüting

Herr Bastian Köhler

Frau Anja Pfefferkorn

Landrat

FBL 3

FDL Finanzen

FDL Schulen

FDL 02

FDL Gebäudemanagement

SB Kreistagsangelegenheiten

Protokollführung

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Frau Heike Corinth

Herr Kevin Zenker

entschuldigt

entschuldigt

Stellvertreter/-in
Herr Wolfgang Meyer

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 10. November 2021 und 17. November 2021
5. Schülerbeförderung unter 4 km im Landkreis Vorpommern-Rügen nach dem Testlauf
- 5.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Änderung der 5. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Schülerbeförderung und Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg des Landkreises Vorpommern-Rügen" A/3/0122/1
6. Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN/FR: "Machbarkeitsstudie für das Rugianeum" A/3/0138
7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Doppelhaushalt 2022/2023 BV/3/0300
8. Anfragen
9. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Hofmann eröffnet die Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und 14 von 15 Mitgliedern anwesend sind. Somit stellt Herr Hofmann die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss stimmt der Tagesordnung einstimmig zu.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 10. November 2021 und 17. November 2021

Anmerkungen seitens der Ausschussmitglieder werden nicht vorgetragen.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses vom 10. November 2021.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses vom 17. November 2021.

5. Schülerbeförderung unter 4 km im Landkreis Vorpommern-Rügen nach dem Testlauf

5.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Änderung der 5. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Schülerbeförderung und Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg des Landkreises Vorpommern-Rügen" Vorlage: A/3/0122/1

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass die Thematik des Antrages der Kreistagsfraktion DIE LINKE sehr wichtig sei und man sich für die Schüler*innen im Landkreis Vorpommern-Rügen keine langen Busfahrzeiten wünsche. Trotz dessen sei die Schulentwicklungsplanungsverordnung eine Vorgabe für den Schulnetzausbau. Daraus könne man keinen Anspruch der Beförderungszeiten der Schüler*innen entnehmen. Es handle sich bei der Thematik um eine freiwillige Aufgabe des Landkreises, wobei man über verschiedene Lösungsmöglichkeiten, wie bspw. kürzere Mobilitätszeiten oder den Bau neuer Schulen oder Internate, nachdenken müsse.

Herr Sehl stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse des Pilotprojektes im Rahmen des Wegfalls der Mindestentfernung in der Schülerbeförderung vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Martens bedankt sich bei Herrn Sehl für die Auswertung der Ergebnisse des Pilotprojektes. Weiterhin teilt **Herr Martens** mit, dass man eine Schülernetzkarte ohne ein attraktives Angebot im ÖPNV nicht einführen könne. Es müsse zunächst ein gutes Angebot des Busverkehrs vorliegen und dann könne man sich Gedanken über Tickets für Schüler*innen, wie bspw. eine Schülernetzkarte, machen.

Herr Schöler bedankt sich bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) für die Auswertung der Ergebnisse und stellt den Antrag, die Abstimmung zu vertagen. Im Haushalt seien 4 Mio. Euro eingeplant und man müsse nochmal genau beraten, für was das Geld genutzt werden solle.

Frau Brüdgam erfragt in Bezug auf die Vorstellung einer Schülernetzkarte, ob Schüler*innen diese auch nutzen können, wenn sie unter die Mindestentfernung von 4 km fallen.

Herr Sehl führt aus, dass die Schülernetzkarte nur ein Vorschlag sei. Zunächst sei der Gedanke, dass Schüler*innen, die über die Mindestentfernung hinauskommen, eine Schülernetzkarte vom Landkreis finanziert bekommen und Schüler*innen, welche unter der Mindestentfernung fallen, diese dann gegen Entgelt erwerben können.

Herr Bauch merkt an, dass eine Lösungsmöglichkeit gefunden werden müsse, wo nicht nur die Schüler*innen der Hansestadt Stralsund profitieren, sondern alle Schüler*innen des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Herr Meißner teilt mit, dass das Ergebnis des Pilotprojektes nicht überraschend sei. Die Hansestadt Stralsund habe durch das gute Busangebot in der Stadt ein größeres Potenzial, als im ländlichen Raum. Weiterhin werde die Einführung einer Schülernetzkarte die Ungerechtigkeit noch potenzieren. Ein Schüler, der nur 3,9 km von der Schule entfernt wohne, bekomme kein Ticket vom Landkreis finanziert. Ein Schüler, welcher jedoch 4,1 km von der Schule entfernt wohne, bekomme ein Ticket vom Landkreis finanziert. Damit komme es zu der Situation, dass beide Schüler*innen von derselben Haltestelle zur Schule fahren, jedoch nur einer der beiden Schüler*innen ein Ticket vom Landkreis finanziert bekomme.

Frau von Buddenbrock stimmt dem Redebeitrag von Herrn Martens zu. Ohne ein besseres Angebot bezüglich des Busverkehrs, besonders im ländlichen Raum, könne es auch keine Verbesserung geben.

Herr Hofmann merkt an, dass die Hansestadt Stralsund ebenso zum Landkreis Vorpommern-Rügen gehöre. Hier gebe es ein gutes Busangebot, aber viele Schüler*innen dieses nicht nutzen können, weil sie unter die Mindestentfernung vom Wohnort zur Schule fallen.

Weiterhin erfragt **Herr Hofmann**, weshalb es so kompliziert sei, die Schüler*innen mit dem Bus zur Schule zu fahren aber nicht kostenfrei zu Sportvereinen o.ä.

Herr Sehl teilt mit, dass es für die VVR die Maßgabe gebe, die Schülerbeförderung über den Linienverkehr abzuwickeln. Grundsätzlich sei jede Schülerbeförderungsleistung entgeltspflichtig. Mit einer Schülernetzkarte könne jedoch das Angebot erweitert werden.

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass die Schülernetzkarte bislang eine Idee sei und die konkrete Ausgestaltung noch offenstehe. Weiterhin sei der Gedanke, dass alle Schüler*innen einen Zugriff auf die Schülernetzkarte haben, um einer Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Die Aufgabenstellung sei jedoch erstmal zu entscheiden, in welche Richtung man gehen möchte. Folge man dem Ansatz zuerst ein Angebotsausbau vorzunehmen, bevor man kostenlose Tickets einführe. Oder aber führe man zunächst kostenlose Tickets ein, damit die Schüler*innen mit einer guten Busanbindung diese dann auch kostenlos nutzen können.

Herr Meißner merkt an, dass die Ungerechtigkeit weiter bestehe, da die Schüler*innen, welche unter die Mindestentfernung der 4 km fallen, eine Schülernetzkarte kaufen müssen und nicht kostenfrei vom Landkreis gestellt bekommen.

Herr Sehl teilt mit, dass eine Monatskarte in Stralsund für den Schülerverkehr 30,50 € koste und die Schüler*innen für den gleichen Preis dann eine Schülernetzkarte erwerben und das gesamte Busfahrnetz nutzen können.

Frau Kühl führt aus, dass in Deutschland eine Schulpflicht bestehe und man dafür Sorge tragen müsse, dass alle Schüler*innen des Landkreises Vorpommern-Rügen kostenlos zur Schule kommen können.

Frau Brüdgam merkt an, dass sie die Problematik der Mindestentfernung in den größeren Städten des Landkreises nachvollziehen könne. Die Einführung einer

Schülernetzkarte sei jedoch für die Schüler*innen aus dem ländlichen Raum durchaus sinnvoll. Die Schüler*innen wollen mit dem Bus nicht nur zur Schule fahren, sondern an den Nachmittagen auch zu ihren Sportvereinen oder Freizeiteinrichtungen kostenfrei befördert werden. Das Problem bestehe darin, dass sich zwei unterschiedliche Räume mit jeweils anderen Bedürfnissen gegenüberstehen und man sich für eine Seite entscheiden müsse.

Herr Löttge merkt an, dass das politische Ziel eine Verbesserung des Schülertransportes sowie die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Schülerbeförderung sei. Er unterstütze den Antrag von Herrn Schöler, die Abstimmung zu vertagen.

Herr Martens unterstütze ebenfalls den Antrag von Herrn Schöler und informiert, dass man sich für die Richtungsentscheidung in den Ausschüssen Zeit nehmen müsse.

Herr Danter merkt an, dass zwei verschiedene Problematiken vorliegen und man diese nicht mit einem Mittel lösen könne. Der Kreistag müsse politisch entscheiden, welches Ziel befolgt werden möchte. Zu sagen sei auch, dass im ländlichen Bereich die Mindestentfernung keine Rolle spiele, da dort der ÖPNV gar nicht ausgebaut sei. In den ländlichen Bereichen fahre am Tag lediglich der Schulbus und Kinder haben durch ein fehlendes Busangebot nicht mal die Möglichkeit mit dem Bus zu Sportvereinen o.ä. an den Nachmittagen zu fahren.

Herr Schöler führt aus, dass man einen Ausgleich zwischen dem ländlichen Raum und den Städten schaffen müsse. Eine Umsetzung aller Wünsche und Vorstellungen sei aufgrund der finanziellen Mittel realitätsfern.

Herr Reichenbach teilt mit, dass sein Vorschlag sei, sich für eine Seite zu entscheiden und man nach zwei Jahren ein Fazit ziehen solle. Sollte dann bspw. die Schülernetzkarte kein Erfolg sein, könne man in die andere Richtung steuern.

Herr Sehl gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Reisezeiten der Schüler*innen in der Schülerbeförderung im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau von Buddenbrock erfragt, ob der Schienenverkehr in der Präsentation bei den alternativen Verkehren ebenfalls berücksichtigt worden sei.

Herr Sehl teilt mit, dass er den Schienenverkehr bei der heutigen Präsentation nicht berücksichtigt habe.

Herr Bauch erfragt, ob der Passus in der Schulentwicklungsplanungsverordnung auf den sich der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE beziehe, auch in der neuen Verordnung festgeschrieben stehe.

Frau Ockert bejaht die Frage von Herrn Bauch und informiert, dass der Passus nichts mit der Schülerbeförderung zu tun habe. Die Schulentwicklungsplanungsverordnung organisiere lediglich das Schulnetz.

Auf Nachfrage von Herrn Hofmann, ob die Umsetzung eines moderneren Netzes in den ländlichen Bereichen schon in Arbeit sei, teilt **Herr Sehl** mit, dass der Beschluss des neuen Nahverkehrsplanes dazu entscheidend sei. Mit dem Beschluss des neuen Nahverkehrsplans erhalte die VVR den Planungsauftrag das Liniennetz neu und modern zu gestalten.

Frau Palmstedt erfragt, ob sich die vorgestellte Schulwegfahrzeit auf die Haltestellen oder auf den tatsächlichen Schulweg von der Haustür zur Schule beziehe.

Herr Sehl teilt mit, dass sich die Zeiten von der Einstiegshaltestelle bis zur Ausstiegshaltestelle bemessen.

Herr Martens führt aus, dass er die Aussage von Frau Ockert so verstehe, dass die Regelung in der Schulentwicklungsplanungsverordnung besage, einen Schulstandort auch mit kleineren Klassen führen zu können, um den Kindern die langen Fahrzeiten nicht zumuten zu müssen. Hätte eine solche Regelung bereits zu früheren Zeiten gegriffen, wären Schulschließungen mit der Folge langer Wegzeiten vermeidbar gewesen. Es sei ein richtiger Ansatz, den ländlichen Raum durch den Ausbau des ÖPNV-Angebotes besser zu erschließen und somit attraktiver für junge Familien zu machen. Die langen Schulwegzeiten der Kinder ließen sich jedoch nicht allein durch eine Erhöhung der Kapazitäten in der Beförderung verringern. Hier sei auch die Planung der Schulstandorte zu berücksichtigen.

Frau Kasten merkt an, dass man im ÖPNV Schnellverbindungen schaffen müsse, um die Fahrten attraktiver zu machen.

Frau Brüdgam stimmt Herrn Martens zu und führt aus, dass man viele Schulen in den letzten Jahren geschlossen habe und die Kinder nun mit den langen Schulwegzeiten die Rechnung dafür tragen.

Herr Hofmann stellt den Antrag von Herrn Schöler, die Abstimmung zu vertagen, zur Abstimmung.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Schöler mehrheitlich zu.

6. Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN/FR: "Machbarkeitsstudie für das Rugianeum"
Vorlage: A/3/0138

Herr Schöler erfragt, ob schon ein Träger für das Rugianeum benannt worden sei.

Herr Hofmann bittet den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss um Abstimmung, Frau Dr. Kannengießer Rederecht einzuräumen.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss stimmt einstimmig zu.

Frau Dr. Kannengießer teilt mit, dass ein Träger bislang nicht feststehe. Es solle zunächst eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden, um verschiedene Punkte, wie bspw. die Standortfrage, zu beleuchten.

Herr Hofmann erfragt, wie hoch die Kosten zur Finanzierung dieser Machbarkeitsstudie seien.

Frau Dr. Kannengießer führt aus, dass die Kosten insgesamt ca. 70.000 Euro betragen und der Landkreis Vorpommern-Rügen von der Summe 10 bis 20 Prozent zahlen müsse.

Frau Präkel teilt mit, dass sich der Kreistag für eine Unterstützung der Museumsinitiative ausgesprochen habe und erfragt, was der Landrat bisher für die Unterstützung geleistet habe.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass Gespräche geführt worden seien und das Land sich eine Unterstützung vorstellen könne. Jedoch stehe die Frage nach der Trägerschaft weiterhin im Raum.

Herr Langkammer ergänzt, dass schon im damaligen Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium die fehlende Trägerschaft der Knackpunkt gewesen sei. Daraufhin habe man mit dem Verein "Insula Rugia" sowie mit anderen Vereinen und der Stadt Stralsund Kontakt aufgenommen und auch da keine Bereitstellung bezüglich der Trägerschaft feststellen können.

Herr Galepp erfragt, was der Verein in Bezug auf die finanziellen Mittel für die Machbarkeitsstudie aufbringe.

Frau Dr. Kannengießer teilt mit, dass die Machbarkeitsstudie, bis auf den Eigenanteil, durch Fördermittel finanziert werden müsse.

Frau Brüdgam verlässt die Sitzung um 19:00 Uhr. (13/15)

Frau Präkel führt aus, dass man zuerst eine Abfrage bei den Kommunen durchführen müsse, bevor die Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden könne und stellt den Antrag, die Abstimmung zu vertagen.

Herr Hofmann bittet um Abstimmung des Antrages von Frau Präkel bezüglich einer Vertagung.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss stimmt dem Antrag von Frau Präkel einstimmig zu.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Doppelhaushalt 2022/2023 Vorlage: BV/3/0300

Frau Karnatz stellt die eingebrachte Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Präkel verlässt die Sitzung um 19:07 Uhr (12/15)

Frau Ockert stellt den Teilhaushalt des Fachdienstes 37 anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Langkammer stellt den Teilhaushalt des Fachdienstes 02 vor.

Frau Ockert teilt auf Nachfrage von Herrn Schöler mit, dass die geplante Gesamtsumme des Schullastenausgleiches an den Gymnasien 534.000 Euro betrage.

Frau Kasten erfragt, wie der Teilhaushalt der Musikschule sowie der Volkshochschule für den Doppelhaushalt aussehe. Weiterhin erfragt **Frau Kasten**, wie viele Gelder für den Berufsschulcampus eingeplant seien.

Frau Meyer teilt mit, dass eine Übersicht der Teilhaushalte der Musikschule sowie der Volkshochschule der Niederschrift als Anlage beigefügt werde.

Die Übersicht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Zum Stand des Berufsschulcampus teilt **Herr Rüting** mit, dass in diesem Jahr geplant sei, die entsprechenden Ausschreibungen durchzuführen, sodass im nächsten Jahr mit den ersten Baumaßnahmen begonnen werden könne. Zuerst werde man mit der Schaffung neuer Stellplätze beginnen. Das Ziel sei weiterhin, bis 2025 die Baumaßnahmen zum Berufsschulcampus fertig zu stellen. Weiterhin stellt **Herr Rüting** den Teilhaushalt des FD 13 vor und teilt mit, dass für den Campus im Jahr 2022 5,5 Mio. Euro im Haushalt eingeplant seien.

Aufgrund der Kündigung des Kooperationsvertrages der Helios Kliniken teilt **Herr Rüting** mit, dass schnellmöglich eine Lösung für den Ausbildungszweig Gesundheit und Pflege gefunden werden müsse. Geplant sei, die Ausbildung in das Objekt "Grüner Winkel" in Ribnitz-Damgarten zu verlagern und perspektivisch in den nächsten Jahren an diesem Standort einen kleinen Schulcampus mit der Musikschule und der Beruflichen Schule zu errichten.

Herr Philippen erfragt, ob es richtig sei, dass die Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes dem Berufsschulcampus vorgezogen werde.

Herr Rüting führt aus, dass das Parkhotel derzeit als Verwaltungsgebäude genutzt werde. Das Gebäude werde jedoch auch für den neuen Berufsschulcampus gebraucht, weswegen zuerst eine Unterbringung für die Mitarbeiter*innen des Landkreises geschaffen werden müsse.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass man nur aus diesem Grund die Bauarbeiten der Blöcke am Standort Carl-Heydemann-Ring vorziehe.

Herr Thomas verlässt die Sitzung um 19:45 Uhr (11/15)

Kein weiterer Wortbeitrag, Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Doppelhaushalt 2022/2023 mit ihren Bestandteilen und Anlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei sieben Enthaltungen zugestimmt



8. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

9. Mitteilungen

Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Hofmann bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Ausschusssitzung um 19:47 Uhr.

08.02.2022, gez. M. Hofmann

Datum, Unterschrift
Maik Hofmann
Ausschussvorsitzender

08.02.2022, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin